

"Das ist eine rechte Argumentation"

Dürfen linke Gegner der EU-Verfassung gegen die EU-Erweiterung im allgemeinen und den Beitritt der Türkei im besonderen polemisieren?

Ein Briefwechsel zwischen Bernhard Schmid und Jürgen Elsässers

Jürgen Elsässer begrüßte in einem junge Welt-Beitrag vom 3. Mai 2005 einen eventuellen Sieg des Nein beim französischen EU-Verfassungsreferendum Ende Mai unter anderem mit dem Argument, damit wäre der Zerfall der EU zu einem "Kleineuropa" unausweichlich. Auszug:

„In jedem Fall wäre eine EU-Spaltung höchst begrüßenswert, welche Form auch immer das dann entstehende Kern- oder Kleineuropa hätte. Die idiotische Aufblähung der früher vergleichsweise vernünftigen Europäischen Gemeinschaft zu einem Imperium mit unklaren Außengrenzen wäre gestoppt, und die für alle Beteiligten (außer die gefräßigen Westkonzerne) desaströse Osterweiterung der EU würde zusammenbrechen. Damit wäre die Union auch die trojanischen Pferde der US-Außenpolitik (Polen, Baltikum etc.) endlich wieder los. Und die Türkei bliebe – zu ihrem Vorteil und zu dem der meisten Europäer –, wo und was sie ist.

Die neue Union mit vielleicht sechs, acht oder zwölf Mitgliedsstaaten stünde unter verbesserter Kontrolle durch die Bevölkerung. Dieses Mehr an Demokratie ergäbe sich nicht notwendig aus den institutionellen Regelungen innerhalb des neuen Bundes, die man ja schlecht prognostizieren kann, sondern aus der Macht des Faktischen: Wenn die Bürger per Plebiszit einmal einen solchen Kurswechsel erzwungen haben, wird man sie nicht mehr so schnell entmündigen können. Das Ende des parlamentarischen Absolutismus, die Ergänzung der repräsentativen durch die direkte Demokratie wäre nicht mehr zu stoppen. Selbst die schwerblütigen Deutschen könnten sich in Bewegung setzen. Die Stunde der deutschen Emanzipation, schrieb schon Karl Marx im »Vorwort zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, werde dereinst »durch das Schmettern des gallischen Hahns« verkündet.

In diesem Sinne ist den französischen Jakobinern und Citoyen alles Gute für die heiße Phase ihrer Kampagne zu wünschen. Darf man schon singen: «Allons enfants de la patrie, le jour de gloire est arrivé»? Vielleicht belassen wir es einstweilen bei einem »Allez les bleus!«, dem Kampfruf der Fußballfans."

Lieber Jürgen,

um es offen zu sagen, war ich entsetzt bei der Lektüre Deines Artikels "Kleineuropa - ja bitte" in der *jungen Welt*.

Vorausgeschickt sei folgendes: Wie Dir wahrscheinlich bekannt ist, gibt es in Frankreich zwei Lager der Ablehnung der sogenannten EU-Verfassung: eins auf der Linken und eines auf der (extremen) Rechten. Beide vermischen sich richtigerweise nicht: Eine dominierende Figur im Lager des "Nein von Rechts" ist denn auch ein gewisser Jean-Marie Le Pen, also ein Altfaschist, der nicht dadurch besser wird, daß seine Karriere aus Altersgründe ihrem Ende entgegengeht.

Beide "Nein" lassen sich jeweils durch eine ihnen zugrunde liegende Fragestellung kennzeichnen. Die der rechten und rechtsradikalen Gegner des Verfassungsprojekts lautet: "Wer darf in EU-Europa sein, und wer muß draußen bleiben?" Ihre Antwort lautet natürlich: Die Türkei, die Moslems und Einwanderer aus der "Dritten Welt" müssen draußen bleiben. Die öffentliche Selbstdarstellung des "Non de droite" macht sich dabei fast ausschließlich am Nein zur Aufnahme der Türkei in die EU fest. Die Anhängerschaft von Jean-Marie Le Pen fokussierte sich bei ihrem Aufmarsch am 1. Mai - ich war dort - weitestgehend darauf, die Türkei als "trojanisches Pferd des Islam in Europa" draußen halten zu wollen.

Der Unterschied des "Nein von Links" dazu liegt in der andersartigen Fragestellung begründet. Sie heißt: "Nach welchen Regeln, nach welcher gesellschaftlichen Logik wird das supranationale Miteinander von Ländern organisiert?" Und an diesem Punkt wird die progressive Kritik laut: Man will nicht "den freien und unverfälschten Wettbewerb", der 174 mal im Text der so genannten Verfassung beschworen wird, das neoliberale Sozialdumping, die Konkurrenz zwischen den "Völkern" sowie eine Angleichung der Sozialstandards "nach unten". Stattdessen fordert man eine Logik der Angleichung sozialer (und demokratischer) Standards "nach oben": Beim Beitritt Spaniens und Portugals zur damaligen EG 1986 ist das ja sogar noch gemacht worden, wenngleich vor allem zur Befriedung der dort noch schwelenden sozialen Konflikte. Dagegen beruht die derzeit vorherrschende Logik auf einer neoliberalen Logik des sozialen Dumpings.

Das sind die beiden Nein-Blöcke, die sich nicht miteinander vermischen keine gemeinsame Veranstaltung wäre denkbar. Für das "Non de gauche" stehen die KP, die LCR, der linke Flügel der Grünen, ein Teil der sozialdemokratischen Parteilinken und der - alle Vorgenannten vereinigende "Appell der 200". Für

das "rechte NEIN" stehen vor allem Le Pen und der rechtskatholische Graf de Villiers (kein Faschist, aber ein bigotter Nationalkonservativer) und ein paar versprengte Bürgerliche.

Mit dem, was Du schreibst, landest Du mit beiden Füßen - beim "Nein von Rechts", und keineswegs im progressiven Lager. Und das aus mehreren Gründen.

Du stellst von vornherein die typische Frage: Wer darf dazu gehören, und wer nicht? Dir zufolge dürfen Polen und Türken nicht in die - von Dir gewünschte - neue verkleinerte Union. Diese wäre damit ein Club der Reichen, also der imperialistischen Kernmächte (BRD, Frankreich, vielleicht Großbritannien) und halb-imperialistischer Länder (wie des EG-Gründungsmitglieds Italien), an deren gesellschaftlichem Charakter sich dadurch nichts ändern würde. Das bedeutet schlicht und einfach, daß Du statt des jetzigen Konzepts - ein vergrößerter Club, der die eigenen Billiglohnländer formell integriert - einen Club der Reichen, der seine Billiglohnländer vor der Haustür liegen hat, bevorzugt. Was soll daran progressive Perspektive sein? Progressiv wäre es dagegen, die Integration der Polen und Türken zum Anlaß zu nehmen, für eine andere Logik zu kämpfen - also: kein "freier und unbehinderter Wettbewerb", sondern Angleichung von Sozialstandards nach oben. Das, was generell auch im Weltmaßstab passieren müßte.

Und dann kommt, natürlich, der Wille nach dem Draußenhalten der Türkei, den Du als richtig voraussetzt ("die Türkei bleibt, wo sie ist": so klingen Stammtischparolen). Was soll das denn? Ich möchte Dich nur darauf hinweisen, daß jene Kräfte in Frankreich, die das "linke Nein" zum Verfassungsvertrag verteidigen, explizit für das Recht der Türkei auf EU-Beitritt sind, wenn deren Bevölkerung es wünscht, was aber mehrheitlich der Fall, wenngleich sicherlich mit zahlreichen Illusionen verbunden ist.

Selbstverständlich muß in der Türkei viel, sehr viel verändert werden, da es viel Beklagenswertes gibt: Folter, Militarismus... Aber ich glaube nicht, daß man sie dadurch wirksam bekämpft, daß man den Türken signalisiert: "Ihr dürft aber nicht in den erlauchten Club ". Vielmehr wären harte Verhandlungen mit Ankara über demokratische Mindeststandards, die einzuhalten sind, ein weit besseres Mittel, um manche Dinge in der Türkei aufzubrechen. In dieser Hinsicht haben etwa die französische KP und die LCR die richtige Position, die fordern, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, dabei aber deren Abschluß auch an die Vorbedingung für die türkische Seite knüpfen, endlich den Armenier-Genozid laut und öffentlich anzuerkennen.

Im Übrigen weise ich Dich darauf hin, daß jene Kräfte, die am lautesten gegen den EU-Beitritt der Türkei schreien (CDU/CSU in Deutschland, der rechte

Flügel der französischen Konservativen, Le Pen) gerade nicht wegen des Militarismus gegen die Türkei sind. Diese Kräfte fordern nämlich statt der Aufnahme in die EU die Einrichtung einer "privilegierten Partnerschaft", die aber nichts anders beinhaltet, als daß die Türkei den hochgerüsteten Wächterstaat an der Südostflanke Europas abgibt. In dieses Horn möchte ich jedenfalls nicht stoßen.

Lieber Bernhard,

Dein Beitrag bringt gut zum Ausdruck, warum der linke Opposition gegen das großenwahnsinnige EU-Projekt so wenig Biß hat.

Zum einen ist es politisch-korrekte Scheinheiligkeit, zwischen dem "Nein von links" und dem "Nein von rechts" einen strikten Trennungsstrich zu ziehen. Will man die EU-Verfassung verhindern – ja oder nein? Falls ja, braucht man die Stimmen von rechts, da beißt die Maus keinen Faden ab. Und wenn am Abend des 29. Mai in Frankreich ausgezählt wird, wird man es den Nein-Stimmzetteln nicht ansehen, ob da einer wegen der Argumente des Rechtsradikalen Le Pen oder des Trotzlisten Krivine sein Kreuzchen gemacht hat, oder ob – was Du offensichtlich für besonders schlimm hältst – in vielen Köpfen Argumente von links und rechts fröhlich kumuliert und panaschiert wurden.

Für den Erfolg aber ist es absolut zentral, nicht die Lieblingsargumente des jeweiligen politischen Vereins in den Mittelpunkt zu stellen, sondern das, was die Masse der Menschen wirklich bewegt, und das ist in Frankreich die Frage der EU-Erweiterung und insbesondere die Frage des Türkei-Beitritts. Wenn die Linke diesem Thema schamhaft ausweicht oder herumeiert, braucht sie sich nicht zu wundern, wenn sich am Ende Le Pen und Co. den Erfolg ans Revers heften.

Du wirst jetzt einwenden, das sei doch rein machiavellistisch argumentiert, von wegen der Zweck – der Sieg des Nein – heilige die Mittel. Aber findest Du nicht, daß der Linken etwas Machiavellismus ganz gut täte? Oft genug gefällt sie sich ja mittlerweile in der Pose des romantischen Verlierers ... Lieber in Schönheit untergehen, als mit Tricks zu gewinnen ... Doch wem es am Herd zu heiß und zu fettig ist, soll nicht in die Küche gehen. Philosophieren und Moralisieren läßt's sich im Elfenbeinturm besser.

Nun aber Schluß mit dem Machiavellismus, und her mit den Inhalten. Gegen den Türkei-Beitritt und gegen die EU-Erweiterung zu sein ist nämlich durchaus progressiv, egal wie reaktionär Le Pen das begründen mag. Und wenn Linke wie Du, nur um sich von Le Pen abzuheben, "explizit für das Recht der Türkei auf EU-Beitritt" werben, so kommst Du mir vor wie der Menschenfreund, der "explizit für das Recht auf Todesstrafe" eintritt. Denn die Zugehörigkeit zur EU ist ein Todesurteil für alle Nationalstaaten und Nationalökonomien der

Peripherie, die unter dieses Joch gezwungen werden, und keineswegs ein Privileg, wie Deine Formulierung nahelegt.

Um das am Beispiel des größten Beitrittslandes, nämlich Polens, zu illustrieren, verweise ich auf einen FAZ-Artikel vom 2. Mai dieses Jahres. Demnach gab es in unserem Nachbarland nach dem EU-Beitritt 2004 mit 5,4 Prozent ein beachtliches Wirtschaftswachstum und eine Steigerung der Ausfuhren, doch die Importe und damit das Minus in der Handelsbilanz wuchsen noch schneller. Die Folge: "Polen hatte noch im März (2005) unter allen EU-Staaten mit 19,2 Prozent Arbeitslosigkeit das schwerste Beschäftigungsproblem ... Eng umrissene Inseln der Seligen – neben Warschau etwa die Städte Breslau (Wroclaw) und Posen (Poznan) – liegen in weiten Landschaften agrarisch-kleinstädtischer Stagnation." Die Empfehlungen von FAZ-Autor Konrad Schuller an die polnische Regierung dürften vermutlich nicht weit von dem entfernt liegen, was auch die EU-Behörde demnächst fordern werden: "Sie müßte die Invalidenente und die Versorgung der Bauern reduzieren, um mehr Polen zur Arbeitsaufnahme zu ermuntern. Sie müßte die Lohnsteuern senken, teils mit Hilfe höherer Mehrwertsteuern, teils durch Sparsamkeit. Und sie müßte schließlich radikale Schnitte unternehmen, um sich von Polens alten sozialistischen Staatsbetrieben zu trennen."¹ Kurz und gut: Der EU-Beitritt ist das Vehikel, um die polnische Wirtschaft profitabler zu machen – auf Kosten von Millionen, die ins Elend gestoßen werden.

Was bleibt den armen Teufeln anders übrig, als in Deutschland, Frankreich und anderen EU-Altstaaten nach Jobs zu suchen, die sie zu Hause nimmer mehr bekommen werden? "26 000 Fleischarbeiter in Deutschland haben laut einer Umfrage der (Gewerkschaft) NGG seit 2001 ihren Arbeitsplatz verloren und sind gegen billige Arbeitskräfte aus dem Osten ausgetauscht worden."² NGG-Funktionär Matthias Brümmer: "Wir haben Fälle, in denen die Leute für zwei bis drei Euro die Stunde arbeiten, und das bis zu 16 Stunden am Tag."³ Und dies alles passiert ganz ohne Bolkenstein-Richtlinie und ohne Freizügigkeit für Arbeitskräfte - die kommt erst noch!

Könnte man das Sozialdumping verhindern, indem man wie Du die "Angleichung der Sozialstandards nach oben" fordert, also etwa Mindestlöhne für Ausländer wie Deutsche? Das durchzusetzen wird ebenso unmöglich sein wie ein Streik für höhere Löhne in einer Fabrik, in die durch den Hintereingang ständig Streikbrecher eingeschleust werden. Und der Zustrom neuer billiger Arbeitskräfte ist solange nicht zu stoppen, wie diese – wie etwa die erwähnten Fleischer – gar nicht als Arbeitskräfte kommen, sondern schlicht die Niederlassungsfreiheit in der EU ausnutzen und dann hierzulande beispielsweise

¹ Konrad Schuller, Länderbericht: Polen. Nicht alle genießen die Vorteile des EU-Beitritts spürbar / Hohe Arbeitslosigkeit, in: FAZ, 2.5.2005

² Bob Geisler, Billiglohn im Schlachthof, in: Hamburger Abendblatt 26.02.05

³ z.n. Bob Geisler, a.a.o.

als (Schein-)Selbständige firmieren. Die Niederlassungsfreiheit aber ist ein Kernelement der EU. Würde man das abschaffen, würde man das gesamte EU-Projekt ad absurdum führen (wogegen ich by the way gar nichts habe).

Diese Entwicklungen wären natürlich noch dramatischer, wenn die Türkei aufgenommen würde – dort würden mehr Menschen ihre Existenz verlieren als in ganz Osteuropa zusammen. Die EU-Mitgliedschaft der Türkei – das ist der Sargnagel für jede Form von Sozialunion. Die Argumentation der Rechten ist "nur" insoweit reaktionär, wo sie statt von Ökonomie von Kultur und Religion spricht, und wenn sie isoliert darauf Bezug nimmt, daß diese Entwicklung Arbeitsplätze und Sozialstandards "bei uns" vernichtet, ohne gleichzeitig darauf zu verweisen, daß "unser Kapital" zuerst und mit schlimmeren Folgen die Bevölkerungsmehrheit in den Beitrittsstaaten um Lohn und Brot bringt.

Bündnispartner für die linken EU-Kritiker wären demzufolge nicht die Rechten in den EU-Metropolen, sondern die – horribili dictu – patriotischen Kräfte in den Beitrittsstaaten wie der tschechische Präsident Vaclav Klaus, der polnische Bauernführer Andrzej Lepper und die türkischen Kemalisten.

Lieber Jürgen,

Nicolo Machiavelli sollte man m.E. nur dann bemühen, wenn man mehr als nur publizistische Macht hat. Sonst droht man unter Umständen die Vorlage für politische Entwicklungen zu liefern, die man hinterher sehr weniger kontrolliert.

Die Akteure, auf die Du Deine Hoffnungen setzt, scheinen mir denn doch ein bißchen häufig zu wechseln. In Deinem Artikel vom 3. Mai waren es noch die Herren Chirac und Schröder, die eine überdehnte EU auseinander hauen und ein "Klein-" oder "Kerneuropa" begründen sollten. In Deinem jW-Artikel 13. Mai waren es "die Unionsdissidenten" vom rechten Flügel der CDU/CSU wie Peter Gauweiler. In Deinem neuesten Schreiben sind es wieder andere Akteure, die "patriotischen Kräfte in den Beitrittsstaaten". Beispielsweise Vaclav Klaus, der u.a. deswegen gegen den Verfassungsvertrag ist, weil dieser ihm viel zu "sozialistisch" ist: "Die Opposition um die Rechtspartei ODS unter Präsident Vaclav Klaus träumt von einem Europa à la Thatcher, das auf einen großen Markt beschränkt ist. Die ODS geißelt einen 'linken Verfassungsentwurf' (*Libération* vom 16. Mai).

In dieser Suche nach mindestens schillernden Bündnispartnern erkenne ich einen gesellschaftlich frei flottierenden Radikalismus, der wünscht, daß es kracht, aber nicht sagen kann, durch wen und für wen er die Gesellschaft zu ändern wünscht. Stattdessen wäre auch, wenn Du mir einen so furchtbar

altmodischen Begriff durchgehen läßt, ein "Klassenstandpunkt" möglich: Wo in diesem Europa sind die Kräfte, die etwas in Bewegung bringen könnten? Das ist jedenfalls die Frage, die der alte Bärtige gestellt hätte, der sich (ähnlich wie über die romantischen Protektionisten des 19. Jahrhunderts) über Dein Kleineuropa lustig machen würde, ohne deswegen den Neoliberalen (wie den damaligen Freihandels-Apologeten) beizupflichten.

Ein mögliches gesellschaftliches Veränderungsprojekt wird selbstverständlich multinational und möglichst den Kontinent überspannend sein, oder es wird nicht sein. Das ist unmöglich? Falls Du das ernsthaft meinst, dann hätte Dir zufolge auch das Experiment der frühen Jahre der Sowjetunion niemals stattfinden dürfen, sondern sie wäre ein "Völkergefängnis" gewesen. So hast Du das nicht gemeint? Warum? Weil die gesellschaftlichen Vorzeichen völlig andere waren? Richtig. Aber damit sind wir wieder beim entscheidenden Punkt. Wichtig ist nicht, mit wem und zu wieviel wir in einem Staatenbund zusammen sind darin das Problem zu erblicken, das ist die rechte Logik. Wichtig ist, welche gesellschaftlichen Kräfte auf die Entwicklung der inneren Widersprüche in diesem Verbund Einfluss nehmen. Im positiven Sinne ginge das nicht mit Ministersesseln für die französische KP oder die deutsche PDS - wohl aber, wenn 15 Millionen Leute von Paris über Rom bis nach Istanbul gleichzeitig streiken.

Noch ein letztes Wort, zu Deinem Beispiel Polen. Die Folgen des stattfindenden Umbaus der dortigen Ökonomie kann ich mir problemlos ausmalen. Aber liegt das am EU-Beitritt des Landes, der kaum ein Jahr alt ist, oder am Kapitalismus in seiner neoliberalen Form, der seit über 15 Jahren dort wirkt? Die Integration der Beitrittsländer in die EU ist nur eine mögliche Form ihrer Einbeziehung in die Ökonomie des (west)europäischen Kapitals. Oder sähe die Situation des Landes ernsthaft besser aus, wenn es nicht in der EU wäre, aber Handelsverträge mit Brüssel und Kredite beim IWF aushandeln müßte?

Lieber Bernhard,

das ist Linksradikalismus im schlechtesten Sinne: Bei den Bündnispartnern müsse alle draußen bleiben, die wie Gauweiler und Klaus keinen "Klassenstandpunkt" haben. Ich plädiere für ein unideologisches Herangehen. Der neoliberale und militärische Vorstoß der "aggressivsten Teile des Finanzkapitals" – Du erkennst die Formulierung von Dimitroff – auf dem gesamten Globus ist so schwindelerregend, daß selbst ein Teil ihrer früheren Parteigänger zurückzucken. Warum sollen wir, die paar übrig gebliebenen Linken, nicht den Kontakt mit ihnen suchen? Ein Trüffelschwein wie Elsässer gräbt dann mal an der einen Stelle, und wenn's da nicht's gibt, wühlt er wo anders weiter. Irgendwo, irgendwann wird er die Leckerli schon finden.

Ökonomisch unterfütterst Du Dein Sektierertum mit der Behauptung, nicht die EU stoße die Menschen etwa in Polen ins Elend, sondern der Kapitalismus. Logisch, da bleibt nur übrig, für die Abschaffung des Kapitalismus zu kämpfen, und dann sind die Linken wieder unter sich. (Ein Widerspruch am Rande: Wenn es nur "alles oder nichts" gibt, warum hältst Du Dich dann mit Kleinigkeiten wie der EU-Verfassung auf?)

Doch solange ein Land noch ein Minimum an Souveränität hat, kann es sich gegenüber den Zumutungen des ausländischen und globalen Kapitals wehren. Beispiel Argentinien: Auf Druck der revoltierenden Bevölkerung wurde der Schuldendienst an die ausländischen Gläubiger weitgehend ausgesetzt. Wäre Argentinien nur eine Provinz der USA, so wie jetzt Polen eine Provinz der EU ist, hätte die allmächtige Zentrale Washington (in unserem Fall Brüssel) die fälligen Gelder einfach einbehalten, und die Leute hätten nicht revoltiert, sondern wären in die USA abgehauen (so wie viele Polen hierher). Ist das Deine progressive Perspektive?

Aus: junge Welt, 21.05.2005